



Rundum Belastungspakete für die Grazerinnen und Grazer beschert die schwarz-grüne Stadtregierung. Weniger Leistungen, dafür höhere Gebühren und Abgaben nach dem Motto: „Ein bissl was geht noch“. Wie viel können wir wirklich noch tragen?

Foto: flickr/silviii

EIN GESUNDES STADTBUDGET für Graz

gen über das Unternehmen trifft dann die Konzernleitung der Graz AG allein. Die Gemeinderäte sollen keinen Einblick mehr haben und keine Entscheidungen mehr treffen können. Kommunale Verantwortung für die Daseinsvorsorge der Grazerinnen und Grazer wird von Schwarz-Grün systematisch zugrunde gerichtet.

Privatisierer am Start

Lukrativere Bereiche, wie etwa die Abfallwirtschaft, könnten dann leicht an private Unternehmen verscherbelt werden, während die Stadt auf verlustträchtigen Sparten sitzenbleibt. Das führt über kurz oder lang zu satten Gewinnen

für Private und zum Bankrott der Stadt. Gerade jetzt ist ein Stopp der Ausgliederungen und Privatisierungen notwendig. Die Politik darf nicht zur Gänze an Geschäftsführern und Managern übertragen werden, Beschäftigte und Bevölkerung der Stadt dürfen nicht die Folgen von Misswirtschaft und Krise ausbaden.

Im Gegenteil: Die Stadt muss jetzt mehr Möglichkeiten zur Beschäftigung anbieten und darf die Leistungen für ihre Bürger nicht einschränken. Außerdem: Jeder Euro, den die Stadt in die Gemeinwirtschaft steckt, stärkt die Kaufkraft und die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer!

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr:

Weniger Brüssel, mehr für die Leute

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Die EU macht es möglich: Seit dem 11. April gilt eine Verpackungsverordnung, die den Lebensmittelkonzernen neue Handhaben für verdeckte Preissteigerungen und Kundentäuschung gibt. Künftig gibt es einheitliche Verpackungsgrößen nur mehr bei Schnaps und Wein.

Somit sind der „Kreativität“ der europäischen Handelskonzerne keine Grenzen gesetzt. Zucker in Packungen zu 894 Gramm wird ebenso erlaubt wie Nudeln zu 465 Gramm oder Mehl in der 922 Gramm-Packung. Damit wird der Preisvergleich wirklich schwierig.

Wer glaubt, dass die Konzerne dieses Geschenk der EU nicht ausnützen werden, der lebt auf dem Mond. Und wer in diesem Zusammenhang von der Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger redet, der sollte aufpassen.

Die Menschen werden von der EU nicht für mündig genug erachtet, zwischen Glühbirnen und En-

ergie-sparlampen zu unterscheiden, sollen aber mündig genug sein, um die Tricks der Verpackungskünstler zu durchschauen.

Die KPÖ wird oft gefragt, warum wir so strikt gegen die EU sind. Das Beispiel dieser Verpackungsverordnung zeigt einen der Gründe auf: In der EU setzen sich die Interessen der Konzerne ungebremst und ohne demokratische Kontrolle durch. Auf der Strecke bleiben die Bürgerinnen und Bürger.

Was in Österreich einen Aufschrei der Entrüstung hervorgerufen hätte, wird jetzt als Befehl aus Brüssel durchgewunken.

Deshalb sagen wir auch im Vorfeld der EU-Wahl am 7. Juni: Die arbeitenden Menschen brauchen weniger Brüssel! Sie brauchen mehr demokratische und soziale Rechte – und zwar auf allen Ebenen,

meint

Ihre Stadträtin Elke Kahr



KLEIN, ABER MIT BISS



100 Millionen Euro hat Julius Meisl in 2 Stunden als Kautionsauftrieb. Da gibt's also genug Geld, das den Reichen nicht abgeht.

INHALT

500 neue Wohnungen.....	4
Leere im Innovationspark	6
Sozialpass: Vorbild Linz	7
ECE: Schaden für Innenstadt. 8/9	
Job für Pensionsvernichter	10
Stadt hilft Spekulanten	11
Olympiagold am Eis	12
Ehrenamt im Kinderland.....	13
10 Jahre Marienambulanz.....	14
Wählertäuschung im Land.....	15
Die Reichensteuer muss her..	17
Tariq Ali in Graz.....	18
Aus den Bezirken	20/21
Heraus zum 1. Mai!	24